

Gegenwind für Windpark in Krinau nimmt zu

Wattwil Der Verein Älpligegegenwind forderte am Donnerstagmittag den sofortigen Stopp des Windparkprojekts in Krinau. Er stützt sich dabei auf das Gutachten der Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK), welches zu Wochenbeginn verbreitet wurde. Darin heisst es unter anderem, die geplanten Windräder würden «den bis anhin freien Blick über Höhenzüge, Kuppen und Gipfel» des Schutzgebiets massiv stören und fremd in der naturnahen Landschaft in Erscheinung treten. Zudem sei eine Gefährdung von Vögeln nicht auszuschliessen.

Der Verein sieht sich in seiner kritischen Haltung zum Projekt Windpark Krinau voll bestätigt, schreibt er in einer Medienmitteilung. Er fordert deshalb die Gemeinde Wattwil auf, «keine öffentlichen Mittel mehr an dieses aussichtslose Projekt zu verschwenden».

Das Gutachten der ENHK sei deshalb von besonderer Bedeutung, weil für die im Rahmen der Planung vorzunehmende Interessensabwägung eine schwere Beeinträchtigung von nationalen Interessen festgestellt werde. «Allein damit ist es kaum vorstellbar, dass das Projekt Chancen auf Realisierung hat», schreibt der Verein. Und zählt weitere Gründe auf, die gegen das Projekt sprechen wie Lärm, Eiswurf, Beeinträchtigung des Naherholungsgebietes und des Tourismus.

«Keine Chance auf Realisierung»

Das Einzige, was für das Projekt spreche, sei die Produktion erneuerbarer Energie. Die von den Betreibern genannte Ertragserwartung liege knapp über der Grenze von 20 GWh pro Jahr, die für ein nationales Interesse notwendig ist. Diese Zahl werde aber von einem Wirtschaftlichkeitsgutachten, das der Verein in Auftrag gegeben hatte, «mit fachlich fundierten Argumenten massiv in Frage gestellt und erscheint, vor allem auch aufgrund der praktischen Erfahrungen in der Schweiz, nur als eine politisch motivierte optimistische Annahme». Älpligegegenwind befürchtet ein erhebliches finanzielles Risiko für die Gemeinde Wattwil und fordert vom Gemeinderat, gegenüber der Öffentlichkeit Transparenz zu schaffen.

Sollte das Projekt nicht eingestellt werden, kündigt der Verein weitere politische Aktionen an und sei darauf vorbereitet, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen. (red/dh)